

»Minsk II« wird immer irrealer

Es riecht nach Pulver

Von Reinhard Lauterbach

Die OSZE-Beobachter im Donbass sind um ihren Job nicht zu beneiden. Ihre Berichte verzeichnen auf buchhalterische Weise, wer wo wie oft geschossen und das Abkommen von Minsk verletzt hat. Das Elend der OSZE beruht darauf, dass ihr »Z« für »Zusammenarbeit« steht. Wo kein Wille zur Kooperation, kann die OSZE nur ihr eigenes Scheitern protokollieren.

Die Waffenstillstandsverletzungen sind dabei nur die Oberfläche des Fehlschlags von Minsk II. Entscheidend sind die politischen Aspekte. Jede Seite pickt sich das heraus, was ihr passt. Kiew die Verpflichtung, der Ukraine die Kontrolle über ihre Grenze zu Russland zurückzugeben, was die Volksrepubliken sofort unhaltbar machen würde. Russland betont dagegen die Verpflichtung Kiews, sich zuvor mit den Vertretern der Volksrepubliken auf eine Verfassungsreform zu einigen. Kiew will alles und das sofort, Russland verweist darauf, dass für die volle Umsetzung des Abkommens eine Frist bis zum Jahresende gesetzt ist. Die Aufständischen spielen ihr eigenes Spiel: Anfang letzter Woche unterbreiteten die Volksrepubliken der Ukraine Vorschläge zu einer weitgehenden Regionalisierung des Landes; unter dieser Voraussetzung seien sie bereit, in den ukrainischen Staatsverband zurückzukehren. Der Vorschlag wurde in Kiew alsbald zurückgewiesen: Er stelle nicht die Einheit des Landes wieder her, sondern lasse einen rechtlichen Flickenteppich befürchten. Das mag schon sein; aber auf Ausgangs-

positionen zu beharren, ist keine Politik, sondern Starrsinn. Wieder einen Tag später erklärten die Autoren des Kompromissvorschlags vom Montag, er sei nicht mehr aktuell, und am liebsten würden sich die Volksrepubliken ohnehin Russland anschließen.

Russland aber ist an einer Übernahme nicht interessiert. Sie würde nur ökonomische Kosten und internationalen Ärger bringen, ohne Moskau irgendeinen Vorteil zu verschaffen. Die Republiken fallenzulassen, kann sich Russland ebensowenig leisten. Wladimir Putin hat sich im Fall der Krim als Retter der Russen im Ausland präsentiert; das hat ihm im eigenen Land hohe Zustimmungswerte verschafft, an denen auch die Sanktionen bisher nicht viel geändert haben. Wenn er jetzt den Donbass abschreibt, würde er Erwartungen enttäuschen, die er selbst geweckt hat. Seine eigene politische Position stünde auf dem Spiel. Ebenso heißt es in Washington, »die Ukraine« dürfe nicht scheitern. Damit wächst die Gefahr, dass eine der beiden Seiten den Befreiungsschlag sucht. Der Regionalkonflikt in der Ostukraine ist inzwischen international so aufgeladen, dass er der Julikrise von 1914 zu ähneln beginnt. In Russland weiß man das mit Sicherheit und bremst die Aufständischen nach Kräften; die Kiewer Nationalisten aber schwelgen in Erinnerungen, dass ihre »freie Ukraine« schon einmal um ein Haar aus dem Erbe eines Weltkriegs hervorgegangen ist. Sie könnten versucht sein, es ein zweites Mal zu probieren – mit der US-Garantie im Rücken.

Amerikanisierte des Tages

BND-Mitarbeiter



Wenn der Ami den Deutschen bespitzelt, verlieren hierzulande alle die Fassung – und Leute von der Linken entdecken ihre Sorge um die Nation. Als im April zu erfahren war, dass der deutsche für den amerikanischen Geheimdienst Informationen heimischer Firmen abschöpfte, twitterte Sahra Wagenknecht: »Neues aus der US-Kolonie: BND spähte zum Schaden deutscher Interessen und im Auftrag der NSA Ziele aus.« Zum Schaden deutscher Interessen also – unerhört.

Doch jetzt kann Entwarnung gegeben werden. Für die persönlich empfundene nationale Kränkung gibt es heilende Nachricht. Wie die *Bild am Sonntag* berichtete, traute man in Pullach nämlich den eigenen Leuten nicht über den Weg, wählte

sie im Dienste eines anderen Staates und schaute nach, was die so treiben. Als im Januar 2006 bekanntgeworden sei, dass die NSA mit deutscher Amtshilfe die Rüstungsfirmen EADS und Eurocopter (notabene: deutsche Interessen) ausspionieren wollte, habe man im Außenposten Bad Aibling technische Vorrichtungen installieren lassen, um den Informationsstrom an den US-Dienst zu überwachen. Kenntnis von dem Vorgang hatten die Mitarbeiter der Abhörstation keine. Die BND-Führung hielt sie aufgrund ihrer engen Zusammenarbeit mit der NSA für »amerikanisiert«.

Das klingt wie assimiliert und soll es wohl auch. Eine ambitionierte Mittelmacht, die sich anschiebt, wieder Weltpolitik zu machen, kann amerikanisch assimilierte Agenten kaum gebrauchen. Die Emanzipation von den Herren am Potomac ist schon seit längerem im Gange. Dazu gehört auch ein eigenständig agierender Geheimdienst, der Kriegstauglichkeit sichert. Guido Müller, Vizepräsident der Spitzelbehörde, erklärte das am vergangenen Donnerstag so: »Glauben Sie im Ernst, die Bundeswehr käme ohne unsere Leute aus?« Eben. US-Kolonie? Nicht wirklich. (brat)

»Jedem Missbrauch wäre Tür und Tor geöffnet«

Die Hackerattacke auf den Bundestag: Es gibt keine Datensicherheit. Kritik an Speicherung auf Vorrat. **Gespräch mit Werner Hülsmann**

Was halten Sie von den Spekulationen, der russische Geheimdienst sei für den Hackerangriff auf das Computersystem des Bundestags verantwortlich?

Solche Spekulationen sind wenig sinnvoll, da die Herkunft solcher Attacken gut verschleiert werden kann. Angreifer können bewusst falsche Spuren legen. Insofern wird es vermutlich nicht möglich sein, herauszufinden, wer dahintersteht: Dass es der russische Auslandsnachrichtendienst SWR sein könnte, ist eine Variante. Ebenso wahrscheinlich könnten sich auch Geheimdienste oder Institutionen anderer Länder eingehackt haben. Möglicherweise könnte es eine etwas ungeschickte Aktivität von amerikanischen Geheimdiensten sein, um zum Beispiel herauszufinden: Was wissen die Bundestagsabgeordneten schon alles über den US-Auslandsgeheimdienst NSA und dessen Verbindungen mit dem BND? Aber das wäre ebenso wilde Spekulation.

Ist auszuschließen, dass es Hacker waren, die mal schauen wollten, was so geht?

Das ist eher unwahrscheinlich. Wer es aus technischer Neugierde gemacht hätte und um zu zeigen, was möglich ist, hätte sich an die Hackerethik gehalten. Nach einer gewissen Zeit hätte er die Verantwortlichen informiert. Davon war aber bislang nichts zu hören. Außerdem wäre dafür eine sehr anspruchsvolle technische und finanzielle Ausstattung nötig.

Abgeschrieben

Das Aktionsbündnis »Stoppt den US-Drohnenkrieg via Ramstein« erklärt zu einem für den heutigen Montag geplanten Ortsbesichtigungstermin auf der US-Airbase durch Linke-Abgeordnete:

Am 15. Juni 2015 beabsichtigt eine Gruppe Abgeordneter der Bundestagsfraktion Die Linke Zugang zum Gelände der US Airforce Base Ramstein in Rheinland-Pfalz zu erhalten. Wir (...) begrüßen diese Aktion und fordern die Friedensbewegung auf, sich daran zu beteiligen. Sie findet statt am Haupteingang (Westgate) ab 12 Uhr.

Das Aktionsbündnis hat auch die Klage von Jemeniten vor dem Verwaltungsgericht Köln am 27. Mai 2015 unterstützt, mit der die Anerkennung der Mitverantwortung der Bundesregierung an den Morden durch US-Kampfdrohnen erreicht werden sollte. Diese werden durch Ramstein möglich, weil über das deutsche Hoheitsgebiet alle Steuerungssignale zwischen Piloten und Drohnen verteilt werden. Die deutsche Justiz muss bei Verdacht auf Rechtsbruch dann handeln, wenn die US-Behörden nichts tun. Und sie tun nichts. Bis zum Prozess gab sich die Bundesregierung ahnungslos und unin-



Werner Hülsmann ist aktiv im »Forum Informatikerinnen und Informatiker für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung« und im Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung

Hinter der Ausspähung des Bundestags sind also eher Geheimdienste zu vermuten.

Könnte Russland nur als passender Sündenbock ausgemacht worden sein, um von anderen Dingen abzulenken – etwa von der Vorratsdatenspeicherung, die die Bundesregierung jetzt durchziehen will?

Ob die Debatte über das Hacken des Bundestags und die Suche nach möglichen Ursachen geeignet ist, mittelfristig von der geplanten Vorratsdatenspeicherung und der Kritik daran abzulenken, bezweifle ich. Ich sehe eher einen umgekehrten Zusammenhang: Der Bundestag-Hack führt deutlich vor Augen, dass es keine Datensicherheit gibt. Somit ist auch die Argumentation der Befürworter der Vorratsdatenspeicherung ad absurdum geführt, die Daten der Bürger seien bei den Telekommunikationsbetreibern sicher gespeichert.

Die SPD hat am kommenden Samstag ihren Parteikonvent. Halten Sie es für möglich, dass das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung dort gekippt wird – obgleich sich der sozialdemokratische Bundesjustizminister Heiko Maas als Umfaller erwiesen hat?

Allerdings sehe ich da Chancen. Viele SPD-Landesverbände haben schon lange große Vorbehalte. So manchem, der bisher noch für die Vorratsdatenspeicherung oder unentschieden war, könnte jetzt – nach dem Hacken des Bundestags

– klarwerden, dass es keine Sicherheit für diese Daten gibt. Der Widerstand innerhalb der SPD wird zunehmen.

Inwiefern spricht der Hackerangriff auf den Bundestag für Gefährdungen bei der Vorratsdatenspeicherung?

Im Fall des Bundestag-Netzwerks haben die Angreifer komplett die Kontrolle übernommen. Sie können dort machen, was sie wollen; haben Zugriff auf alle dort verfügbaren Daten. Würde ein solcher Angriff gezielt auf einen Telekommunikationsdienstleister erfolgen, könnte auch dort der Angreifer nach Gutdünken zugreifen. Jedem Missbrauch wäre Tür und Tor geöffnet. Aus gutem Grund hat aber das Bundesverfassungsgericht 2010 hohe technische Anforderungen an die Sicherheit der Daten gesetzt: Denn wenn ein Hacker dadurch herausfinden kann, wer wann wie lange mit wem telefoniert hat, kann dies viel über einzelne Menschen aussagen. Sie könnten erpressbar werden.

Hat der Bundestag adäquat auf die Attacke reagiert?

Der Bundestag, dessen Verwaltung und der Ältestenrat haben lange gebraucht, um zu der Entscheidung zu kommen, dass sie nun die komplette Infrastruktur auswechseln müssen. Das hätte schon vor drei Wochen klar sein können. Eigentlich hätte der Stecker sofort gezogen werden müssen – statt erst mal weiterzumachen und in Kauf zu nehmen, dass weitere Daten in die Hände der Angreifer fallen.

Wie ist die Untätigkeit zu erklären?

Vielleicht hegte man die falsche Hoffnung, es würde reparabel sein. Ich hätte auch mehr Transparenz erwartet: Eine öffentliche Erklärung der Bundestagsverwaltung, was genau passiert ist und welche Gegenmaßnahmen sie zu ergreifen gedenkt. **Interview: Gitta Düperthal**

formiert. Erst am Tag nach dem Prozess leitete die Bundesanwaltschaft ein Beobachtungsverfahren ein und forderte Unterlagen aus dem Verteidigungsministerium an.

»Dabei kann es nicht bleiben«, sagt Lühr Henken, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, »die Indizienlage ist so erdrückend, dass der Generalbundesanwalt ein förmliches Ermittlungsverfahren einleiten muss. Den belegten Vorwürfen, dass Tausende unschuldige Menschen den US-Killerdrohnen zum Opfer gefallen sind, muss nachgegangen werden.«

Zur ersten Lesung des Gesetzesentwurfs zur Vorratsdatenspeicherung im Bundestag am vergangenen Freitag erklärt der Themenbeauftragte für Datenschutz der Piratenpartei, Patrick Breyer:

Die verdachtsunabhängige und wahllose Vorratsdatenspeicherung ist die am tiefsten in die Privatsphäre eingreifende und unpopulärste Überwachungsmaßnahme, die Sicherheitsideologen bis heute hervorgebracht haben. Sie hat sich für viele Bereiche unserer Gesellschaft als höchst schädlich erwiesen, in denen Menschen berechtigterweise

auf Nichtrückverfolgbarkeit angewiesen sind (z.B. Kontakte zu Psychotherapeuten, Ärzten, Rechtsanwälten, Betriebsräten, Journalisten). Eine verdachtsunabhängige und wahllose Vorratsdatenspeicherung schafft Risiken des Datenmissbrauchs und des Verlusts vertraulicher Informationen über unsere höchstpersönlichen Kontakte, Bewegungen und Interessen.

Es hat sich herausgestellt, dass eine Vorratsdatenspeicherung zur Aufdeckung, Verfolgung und Bestrafung schwerer Straftaten überflüssig ist. Die verdachtsunabhängige und wahllose Vorratsdatenspeicherung hat sich vor Gerichten wiederholt als grundrechtswidrig erwiesen und gerichtlicher Überprüfung nicht standgehalten. Der von SPD, CDU und CSU geplante organisierte Angriff auf unsere digitalen Freiheitsrechte muss deshalb mit einem Proteststurm beantwortet werden.

Am 20. Juni (auf einem kleinen Parteitag, jW) hat es die SPD-Basis in der Hand, diesen »besonders schweren Eingriff mit einer Streubreite, wie sie die Rechtsordnung bisher nicht kennt« (Zitat Bundesverfassungsgericht) zu stoppen. Jeder Mensch sollte sich dafür einsetzen – auf der Straße und im Netz!«